Stiftung
Familienunternehmen und Politik

[redacted]

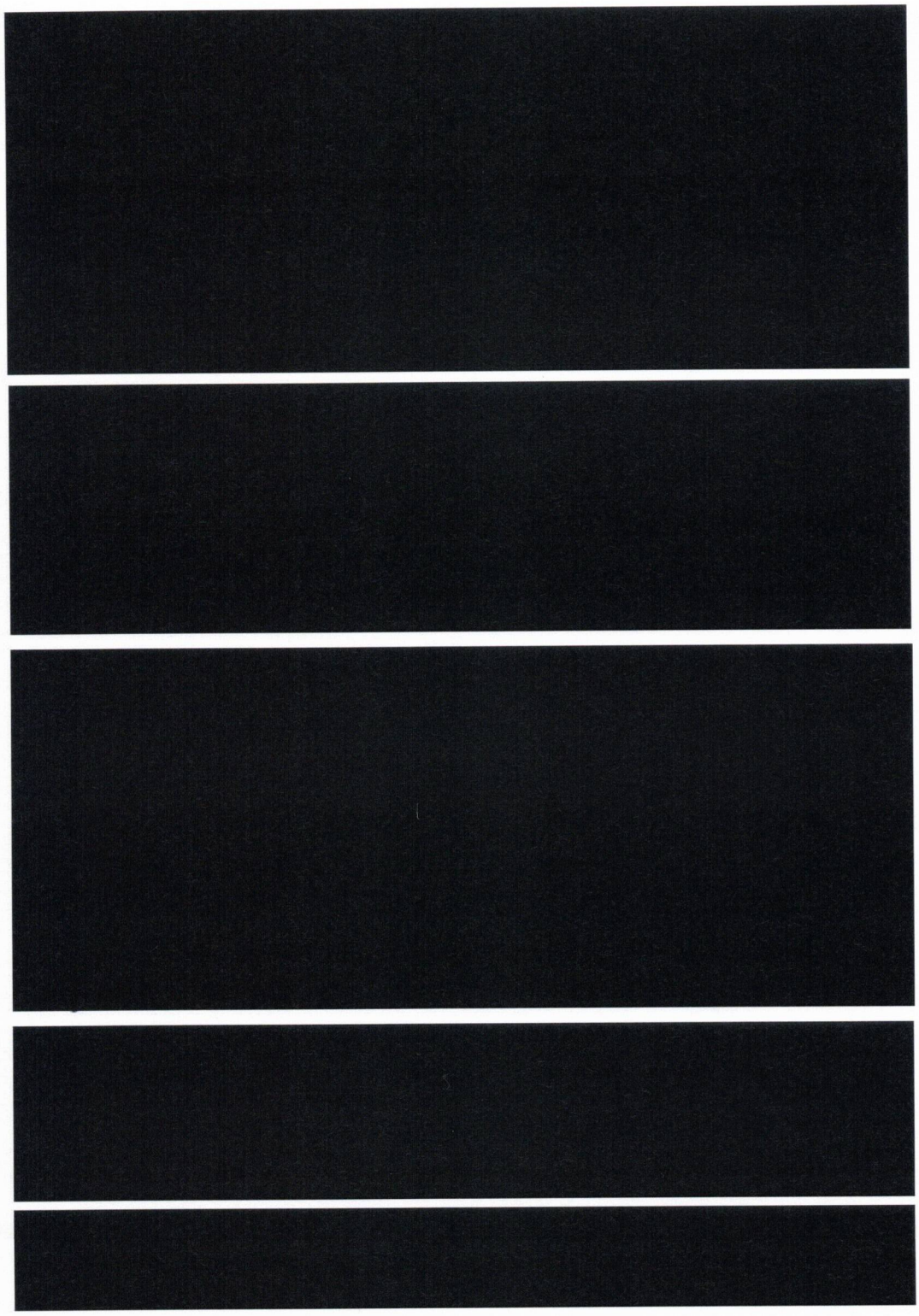
[redacted]

Berlin, 8. Oktober 2026

[redacted]

Die **Bürokratiebelastung** bleibt das größte Standortrisiko. Diese ist auch weiterhin im internationalen Vergleich besonders hoch, wie auch der Länderindex Familienunternehmen der Stiftung Familienunternehmen zeigt. Entscheidend ist ein systemischer anstelle eines fragmentarischen Ansatzes. Wirksame Maßnahmen bieten die Modernisierungsagenda Bund, die Föderale Modernisierungsagenda und die gegenwärtig in Bund und Ländern beratenen **Berichtsentlastungsgesetze**, insbesondere die pauschale Streichung von Berichtspflichten. Diese begrüßen wir ausdrücklich. In den Beratungen wird es darauf ankommen, dass sich in der Regulierung kein Ausnahme-Automatismus vom Streichungs-Grundsatz einstellt. Sorge bereitet uns, dass Ausnahmen von der Streichung einzelner Berichtspflichten durch die Fachministerien ohne weitere Rechtfertigung und öffentliche Debatte im Rahmen einer Parlamentsabstimmung erwirkt werden können. Die entscheidende Frage lautet aus unserer Sicht: Wie stark ist der Begründungszwang für die Ausnahmen bei der Streichung der Berichtspflichten? Baden-Württemberg hat hierfür ein zweistufiges Verfahren vorgesehen, wonach die Liste der Rechtsverordnungsausnahmen der parlamentarischen Zustimmung bedarf. Für den Bund ist dieses Vorgehen bisher nicht vorgesehen. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die hohen Erwartungen der Unternehmen an die tatsächliche Entlastungswirkung des Berichtsentlastungsgesetzes unerfüllt bleiben. Seitens der Stiftung unterstützen wir gern mit Praxiswissen mittlerer und großer Familienunternehmen und Forschungsergebnissen unserer Schwesterstiftung, der Stiftung Familienunternehmen.

[redacted]



[redacted]

Die Stiftung Familienunternehmen und Politik ist im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag unter Registernummer R000083 registriert.